



LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME  
17/3110**

A01, A06

## Stellungnahme

**Frank Thon  
Gewerkschaftssekretär des Interregionalen Gewerkschaftsrates Rhein-Issel von DGB, FNV und CNV**

zum Antrag der SPD-Fraktion

**„Landesregierung muss endlich tätig werden – grenzüberschreitende Maßnahmen zwischen NRW und den Niederlanden zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von den vielen Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern müssen auf den Weg gebracht werden“**

**Drucksache 17/9814**

im Rahmen einer schriftlichen Sachverständigen-Anhörung des Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Duisburg, 15.10.2020



Der Interregionale Gewerkschaftsrat Rhein – Ijssel von DGB, FNV und CNV ist eine Satzungsebene des europäischen Gewerkschaftsbundes. Er flankiert, in etwa vergleichbar mit der Arbeit der Euregios, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der drei Mitgliedsgewerkschaften/Gewerkschaftsbünde auf der regionalen Ebene. Das Betreuungsgebiet des IGR Rhein-Ijssel umfasst drei Euregios: die „Euregio in Gronau“, die „Euregio Rhein-Waal“ in Kleve und die „euregio rhein-maas-nord“ in Mönchengladbach.

Konkreter Gegenstand des vorliegenden Antrages sind die niederländischen „Uitzendbureaus“, die auf der deutschen Seite der Grenze Wohnraum für ihre in den Niederlanden tätigen Beschäftigten anmieten bzw. kaufen. Die dort untergebrachten Beschäftigten sind vorrangig südosteuropäischer Herkunft. Im Umfeld dieser Verhältnisse sind in den vergangenen Jahren eine Reihe von Problemen aufgetaucht, die öffentlich vorrangig durch die Nachbarschaften in den deutschen Kommunen auf die Tagesordnung gebracht wurden und dort seit geraumer Zeit in unterschiedlich starkem Maße zu Debatten in den Räten führten.

Bereits seit einigen Jahren befinden sich das Umfeld der Uitzendbureaus und ihre Wohnungsvermietung in Deutschland im Fokus des IGR Rhein-Ijssel. So wurden beispielsweise im Umfeld des Flughafengeländes in Weeze durch die Kolleg\*Innen Informationsflyer verteilt. Die Verschärfung der Debatte in der Kommunalpolitik gab dem Gremium allerdings den Anlass, noch einmal einen stärkeren Fokus auf das Thema zu bringen und in einer internen Problemskizze das Umfeld genauer zu beleuchten. Kerninhalte dieser Problemskizze werden im Folgenden kurz vorgestellt.

### **Grundlegendes:**

- Niederländische Zeitarbeitsunternehmen (sog. uitzendbureaus) bringen vorwiegend südosteuropäische ArbeitnehmerInnen in Grenznähe auf deutscher Seite unter.
- Die Unterbringung wird in der Regel über den Arbeitsvertrag geregelt. Die Miete wird direkt von der Lohnabrechnung abgezogen. Eine exemplarisch vorliegende Lohnabrechnung zeigt die Abrechnung von ca. 350 EUR pro Schlafplatz. Die Kosten für den Weg zur Arbeit werden ebenfalls abgezogen. Weitere direkte Lohnabzüge sind im Umfeld nicht unbekannt.
- Die Unterkünfte sind oftmals in katastrophalem Zustand. Die exemplarische Begehung einer Immobilie vor Ort ergab folgendes:



Die Immobilie war ca. 80-90 qm groß. Die Böden waren zum großen Teil herausgerissen. Die Tapete war schwarz angestrichen und kam in Teilen von den Wänden. Die Fenster ließen sich teilweise nicht schließen. Die Heizung war laut Aussage der Bewohner\*Innen defekt. Für die gesamte Wohnung gab es eine Kleinstküchenzeile. Die Möbel (bis auf Bett und Spind) mussten von den Bewohner\*Innen vom Sperrmüll zusammengesucht werden. Die Belegung der Immobilie war nach Aussagen der Bewohner\*Innen vor der Corona-Pandemie mit neun Personen. Ein Schlafsaal wurde vor der Corona-Pandemie mit drei Paaren (m/w) belegt. Ein weiteres Zimmer wurde mit drei Personen belegt. In den Immobilien leben teilweise auch Kinder.

- Zur Einschätzung der Problemdimension kann auf die Situation der Stadt Emmerich verwiesen werden. Nach Angaben der Stadt sind ihnen ca. 50-60 solcher Immobilien bekannt.

#### **Daraus entstehende Probleme vor Ort**

- Die Personen sind in der Regel nicht in der Kommune in Deutschland nach dem Melderecht gemeldet. Uns exemplarisch vorliegende Lohnabrechnungen zeigen allerdings, dass die deutsche Adresse in den Niederlanden angegeben wurde. Wir gehen dementsprechend davon aus, dass die deutsche Wohnanschrift der niederländischen Sozialversicherung vorliegt.
- Es gibt Probleme durch Ruhestörung und Verdreckung der Häuser und der Umgebung, die in den Nachbarschaften gegenüber der Öffentlichkeit und der Kommune thematisiert werden.
- Bei Verlust des Arbeitsplatzes kommt es häufiger zu Obdachlosigkeit. Die betroffenen Personen haben oftmals keinen Anspruch auf eine Sozialleistung und sind komplett mittellos.

#### **Aktuelle Entwicklungen / Corona-Zeit**

- Die Diskussion erhält eine neue Dynamik durch die Corona-Pandemie. Insbesondere die Entwicklungen um die Corona-Fälle beim Schlachthof in Groenlo haben zu bundesweiter Presseöffentlichkeit geführt.
- Es erfolgte ein Erlass des Ministeriums zur Überprüfung der Wohnungen von Leiharbeiter\*Innen in der Fleischindustrie. Der Bürgermeister der Stadt Emmerich machte in diesem Zusammenhang auf die spezielle Situation im Grenzgebiet aufmerksam. Der Landrat des Kreises Kleve hat nach unseren Informationen daraufhin die Kommunen konkret angefragt, wo sich Wohnungen von Menschen die in der niederländischen Fleischindustrie arbeiten befinden. In diesem Zusammenhang tauchen wieder bereits bekannte Probleme mit mangelhaften oder nicht vorhandenen Meldedaten auf.



- Es ist zu beobachten, dass der Kontrolldruck zumindest Stellenweise zu einer geringeren Belegung der Unterkünfte geführt hat.
- Durch verstärkte Entlassungen während der Corona-Pandemie gewinnen wir nach Gesprächen mit der freien Wohlfahrtspflege den Eindruck, dass die Obdachlosigkeit beispielsweise in Kleve zunimmt.

### **Konkrete Einlassung zu den Forderungen des Antrages**

#### 1. Grenzüberschreitender Datenaustausch in Form einer Arbeitsgruppe

Der DGB NRW und der IGR Rhein – IJssel begrüßen eine solche Initiative sehr. Insbesondere die Probleme bei den Meldedaten könnten durch eine grenzüberschreitende Vernetzung der Behörden behoben werden. Bei einzelnen Begehungen der Immobilien konnte durch uns festgestellt werden, dass die tatsächliche deutsche Wohnadresse auf den Lohnabrechnungen der niederländischen Zeitarbeitsfirmen zu finden war. Auf Nachfrage ob sich die entsprechenden Kolleg\*Innen im Rathaus angemeldet haben, war dies offenbar nicht der Fall. Es entsteht auf diese Weise eine lückenhafte Sicht auf die Unterbringungsrealitäten durch die Behörden in Deutschland, die leicht gelöst werden könnte. Wir schlagen vor, dass hierfür das bereits bestehende Projekt „Grenzen los! Das neue Open-Data-Portal in Grenzregionen D-NL“, das in Zusammenarbeit mit den Statistikbehörden der Niederlande, Niedersachsens und Nordrhein-Westfalen im Oktober 2019 der Öffentlichkeit präsentiert wurde, als Ausgangspunkt genommen werden sollte.

#### 2. Grenzüberschreitender Austausch der Meldedaten

Die Forderung nach grenzüberschreitendem Austausch der Meldedaten zur Sozialversicherung wird unterstützt. Dies ist auch aus Gründen der Prävention von Schwarzarbeit wichtig.

#### 3. Einrichtung einer grenzüberschreitenden Arbeitsschutzgruppe

Insbesondere die letzten Ereignisse der letzten Monate haben gezeigt, wie wichtig ein vernetztes Vorgehen auf beiden Seiten der Grenze ist. Der DGB erhofft sich zwar, dass in Zukunft eine starke europäische Arbeitsbehörde bestehende Lücken im System der europäischen Union auffängt. Allerdings wäre es wünschenswert, wenn man zwischen Deutschland und den Niederlanden bereits Bilateral mit gutem Beispiel voran geht.

#### 4. Aufstockung der Mittel für die Arbeitsschutzverwaltung des Landes

Der DGB fordert dies seit langer Zeit.



#### 5. Verbot von Koppelung des Arbeits- und des Mietvertrages

Das grundsätzliche Problem besteht darin, dass bei der Kündigung des Arbeitsverhältnisses die betroffenen Beschäftigten auch in der Regel ihre Wohnung verlieren. Dies beinhaltet ein hohes Risiko von Obdachlosigkeit. Der IGR Rhein – Ijssel setzt sich aus diesem Grunde dafür ein, dass diese beiden Dinge voneinander abgekoppelt werden.